Nr. 11 27. Jahrgang

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
2. März 1917

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Eine Friedenskundgebung englischer Proletarierinnen. — Die Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie. — Notizenteil: Aus dem öffentlichen Leben. — Für den Frieden. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Frauenbewegung.

Eine Friedenskundgebung englischer Proletarierinnen.

Der letzte Kongreß der englischen Arbeiterpartei zu Salford hat leider gezeigt, daß wie in Deutschland so auch in England die Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Proletarier noch nicht von klarem, zielsicherem Klassenbewußtsein und von der Erkenntnis der internationalen Solidarität erfüllt ist, die die Arbeiter aller Länder untereinander verbindet. Die Verfechter dieser Solidarität blieben mit ihrem Vorstoß in der Minderheit, der Kongreß möge bekunden, daß die der Arbeiterpartei angeschlossenen Organisationen die Zukunft des arbeitenden Volkes, das Menschheitswohl über die Interessen der imperialistischen Kapitalistenkreise ihres Landes stellen, und daher eine Beendigung des furchtbaren Völkerringens durch einen Verständigungsfrieden ohne Sieger und Besiegte fordern. Es waren in der Hauptsache Mitglieder und Anhänger der Unabhängigen Arbeiterpartei, die den Vorstoß unternahmen und unterstützten.

Zum richtigen Verständnis der Dinge muß bemerkt werden, daß die Arbeiterpartei seinerzeit zu dem Zwecke ins Leben gerufen worden ist, die Gewerkschaften mit sozialistischen Ideen zu „durchdringen", ihnen die Einsicht von der Notwendigkeit einer selbständigen proletarischen Klassenpolitik zu bringen und der gesamten Arbeiterklasse eine von den bürgerlichen Parteien unabhängige, einheitliche politische Vertretung im Parlament zu schaffen. Bildlich und kurz gesprochen: Die Arbeiterpartei sollte den neuen sozialistischen Wein in die alten Schläuche der englischen Trade Unions füllen. Langsam, vorsichtig, mit „kluger" Rücksicht auf das, was war. Sie faßt daher angeschlossene gewerkschaftliche und sozialistische Organisationen zusammen, auf deren Mit- und Nebeneinanderarbeiten man große Hoffnungen für die „Durchdringung" der Trade Unions mit sozialistischer Auffassung setzte.

Mit zäher Geduld und hingebungsvoller Begeisterung hat allem voran die Unabhängige Arbeiterpartei für dieses Ziel gewirkt und wirkt sie noch heute weiter. Das hat der erwähnte Kongreß neuerlich bestätigt. Er rückte dabei in helles Licht, wie viel ihr für das gesteckte Ziel noch zu tun übrig bleibt, wie groß die Widerstände und Schwierigkeiten sind, die sie gerade während des imperialistischen Machtkampfes der kapitalistischen Großstaaten zu überwinden hat. Wenn es auch nicht an Beschlüssen fehlte, die eine beginnende Selbstbesinnung auf die Interessen und Aufgaben der Arbeiterklasse erweisen, so brachte der Kongreß doch zum Ausdruck, daß auch in England die Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Proletarier einstweilen noch die imperialistische Durchhaltepolitik der bürgerlichen Parteien und der Regierung tragen hilft. Vergessen wir nicht pharisäisch bei der Würdigung dieser unerfreulichen Tatsache, daß im Reichstag das Hilfsdienstgesetz die Zustimmung der Sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion und im Lande die Zustimmung der Gewerkschaften gefunden hat, daß Arm in Arm mit den Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen, die von der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital überzeugt sind, die Generalkommission der Gewerkschaften dem Reichskanzler den Willen der organisierten Arbeiterschaft zum Durchhalten versichert hat. Es steht den deutschen Proletariern daher weniger als je an, über die „Rückständigkeit", das solidaritätswidrige Empfinden und Tun der organisierten Arbeiterschaft Englands herablassend die Schultern zu zucken.

Im wohltuenden Gegensatz zu der Haltung des Kongresses der Arbeiterpartei steht die Jahreskonferenz der Liga für die Frauen der Arbeiterklasse Großbritanniens. (National Women's Labour League.) Das ist um so beachtenswerter, als die Liga 1906 geradezu als Seitenstück zur Arbeiterpartei gegründet wurde und dieser auch angegliedert ist. Nach der Absicht ihrer Gründerinnen, von denen wir die unvergeßliche Genossin Mary Macdonald nennen, hatte die Liga unter den Frauen der Arbeiterklasse in dem nämlichen Sinne für den Sozialismus zu wirken, wie die Arbeiterpartei unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Zu diesem Behufe sollte sie nicht nur die Arbeiterfrauen organisatorisch zusammenfassen, die als nichterwerbstätig keiner Trade Union angehören können, sondern sie sollte auch durch Angliederung und kameradschaftliches Zusammenwirken wirtschaftliche Vereinigungen von Proletarierinnen in den Bannkreis der sozialistischen Ideale bringen und für die sozialistischen Forderungen gewinnen. Mit ihrer Tätigkeit, so war geplant, schloß sich die Arbeit zur Durchdringung des englischen Proletariats mit den sozialistischen Ideen zum Ringe. Die Liga wurde dieser Auffassung entsprechend der Arbeiterpartei angeschlossen, und ihre Jahresversammlungen pflegen deren Tagungen vorauszugehen. Die Vertreterinnen der Frauenorganisation sollen Gelegenheit haben, dort die Beschlüsse ihrer Jahreskonferenz zu verteidigen und getreu der gezogenen Richtlinien sich zu betätigen.

Die Liga hat unter kluger, tatkräftiger Leitung im Geiste ihrer Begründerinnen gewirkt. Sie war unablässig bemüht, die Frauen und Töchter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten zu sammeln, den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiterinnen, aller erwerbstätigen Frauen überhaupt zu fördern und auch im politischen Leben den Einfluß, die Interessen der Proletarierinnen zur Geltung zu bringen. Sie wendete allen Beschwerden und Leiden der Frauen des arbeitenden Volkes ihre Aufmerksamkeit zu, sie verfocht alle Forderungen, die diese in der Gemeinde und im Staat, auf den Gebieten des politischen und des bürgerlichen Rechts, des Bildungswesens, des Arbeiterschutzes usw. zu erheben haben. Und stets war sie dabei bemüht, enge Fühlung mit den sozialistischen Parteien in England, aber auch mit den sozialistischen Frauen im Ausland zu halten. Sie ließ

sich auf der Ersten Internationalen Konferenz der Sozialistischen Frauen zu Stuttgart 1907 vertreten, ihre Delegierten befürworteten eifrig den Zusammenschluß der Genossinnen aller Länder, und dem Bekenntnis zur internationalen Solidarität folgte die Tat, die Angliederung an die Sozialistische Fraueninternationale.

Die Liga hat dank ihrer energischen Betätigung eine gedeihliche Entwicklung genommen. Nach ihrem Bericht an das Internationale Sekretariat der sozialistischen Frauen für die geplante dritte internationale Konferenz zu Wien hatte die Organisation 1914 zwischen 110 und 120 Ortsgruppen von Einzelmitgliedern; eine Reihe von Arbeiterfrauenvereinen war ihr angegliedert, ebenso eine Frauengewerkschaft in Kanada; mit der Liga der Frauengewerkschaften und der großen Frauengenossenschaftsgilde unterhielt sie gute Beziehungen, die sehr häufig zu gemeinsamen Aktionen für bestimmte Reformforderungen führten. Ihr Ansehen in der Arbeiterwelt war groß, ihr Einfluß auf kommunale und staatliche Körperschaften schon recht erheblich. Soweit uns Berichte vorliegen, ist die Entwicklung und Tätigkeit der Liga durch den Weltkrieg wohl bedeutend erschwert, nicht aber lahmgelegt worden.

Ihre Jahreskonferenz hat am 22. Januar in Salford stattgefunden, wie üblich vor dem Kongreß der Arbeiterpartei. Aber: „Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein!" Wie verschieden vom engbrüstigen nationalistischen Geist des Kongresses war die Gesinnung, die die Jahreskonferenz beherrschte. Hier redete und handelte der internationale Sozialismus, zu dem sich die Liga bekennt und dem sie auch unter den Stürmen des imperialistischen Krieges treu geblieben ist. Bezeichnend dafür sind die Ausführungen der Genossin Snowden, die als Vertreterin des Internationalen Frauenrats der sozialistischen und Arbeiterorganisationen Großbritanniens sprach, dem die Liga angegliedert ist, und der ihr hauptsächlich sein Entstehen verdankt. Genossin Snowdens Ausführungen gipfelten darin, daß die Frauen der Arbeiterklasse Großbritanniens als internationale Sozialisten und nicht als Nationalisten handeln müßten, wenn sie auf der Bahn zu Glück und Freiheit vorwärts schreiten wollten.

Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten von Tagesblättern wurden Genossin Snowdens internationale Gedankengänge von keinem Protest, keinem gegnerischen Zwischenruf unterbrochen. Im Gegenteil: sie fanden begeisterte Aufnahme. Die Bedeutung dieses Vorganges ist nicht gering zu werten, denn unter den Delegierten der Tagung befanden sich die Vertreterinnen und Führerinnen der Frauengewerkschaften, so unter anderen Genossin Mac Arthur, Sekretärin der Liga englischer Frauengewerkschaften. In Zusammenhang mit Genossin Snowdens Rede brachte Genossin Dr. Marion Phillips eine Friedensresolution ein, deren vollständiger Text leider noch nicht bei uns eingegangen ist. Bekannt ist bis jetzt nur, daß sie „die Note des Präsidenten Wilson und dessen Überzeugung begrüßt, die offene Erörterung der Friedensbedingungen würde dazu beitragen, uns dem Frieden näher zu bringen," ferner, daß sie „die ernste Hoffnung ausspricht, daß der Friede binnen kurzer Zeit erreicht werde." Die Resolution wurde von einigen Rednerinnen warm unterstützt und gelangte zur Annahme. Wir hoffen, darüber vollständiger berichten zu können — wie auch über die Stellungnahme der Konferenz zu den Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen und die Lebensmittelteuerung —, wenn uns die Februarnummer vom „Labour Woman" („Die Proletarierin") zugegangen sein wird, dem Organ der Liga, das der Kriegshetze, dem Völkerhaß der englischen Jingos tapfer entgegenzuwirken bestrebt ist.

Der Geist, der die Liga beseelt und die ernsten Bemühungen der Organisationsführerinnen, Bekenntnis zur Tat werden zu lassen, verbürgen den Genossinnen, den Sozialdemokraten des Auslands dieses: Auch auf dem der Konferenz gefolgten Kongreß der Arbeiterpartei haben die Vertreterinnen der Liga mutig und stolz als internationale Sozialistinnen gesprochen und gestimmt. Auch innerhalb der allgemeinen Arbeiterbewegung betätigt sich die Liga nach wie vor, uneingeschüchtert durch die brausende chauvinistische Hochflut als Glied der sozialistischen Fraueninternationale. Von der Zeit an, wo die kapitalistische Entwicklung der europäischen Großstaaten düstere Wolken zusammenballte, die das kulturvernichtende Gewitter eines imperialistischen Kriegs um die Weltherrschaft in sich trugen, hat die Liga das Treiben der englischen Weltmachtspolitiker energisch bekämpft. Wieder und wieder hat sie auf ihren Jahreskonferenzen Resolutionen angenommen, die dem drohenden Brudermord der Arbeiter verschiedener Länder die internationale Solidarität des Weltproletariats im Ringen für den Sozialismus entgegenstellten, und die zum Kampfe gegen die Kriegsfanatiker in England aufriefen. Solche Resolutionen hat sie mehr als einmal auf den Kongressen der Arbeiterpartei und anderen Tagungen eingebracht und verfechten lassen.

Die letzte Jahreskonferenz der Liga beweist, daß diese ihren Idealen und dem Gelöbnis ihrer Delegierten auf der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz zu Bern getreu geblieben ist. Mit den sozialistischen Frauen aller Länder in einer Weltanschauung, einem Ziel verbunden, steht sie mit ihnen im Vordertreffen des Kampfes für den Frieden, für die internationale Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt, für die Zukunft des Sozialismus. Freudig und stolz werden es die Genossinnen überall verzeichnen — zumal aber in den kriegführenden Ländern — daß die Liga für die Frauen der Arbeiterklasse Großbritanniens zu jenen Organisationen zählt, für die der internationale Sozialismus nicht zum „leeren Wahn" herabgesunken, sondern tatfreudige Wirklichkeit geblieben ist.

Die Auseinandersetzung in der Sozialdemokratie.

Der Prozeß der Klärung und Selbstbesinnung in der Sozialdemokratie schreitet fast überall unter Umständen vorwärts, die das feste Gefüge der Partei schwer erschüttern, ja mancherorts zersprengen. Eine stattliche Reihe Konferenzen von Bezirks- und Kreisvorständen, Parteileitungen, Wahlvereins- und Delegiertenversammlungen usw. hat das statutenwidrige, aber machtgestützte Vorgehen des Parteivorstandes und Parteiausschusses zur Niederzwingung der Opposition gebilligt. Durch welche organisatorischen Maßnahmen die Zustimmung in die Praxis umgesetzt werden soll, das wird durch einige charakteristische Beschlüsse beziehungsweise Vorgänge beleuchtet. Die Vorstände des Bezirks und der Kreise für Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck haben gegen die Oppositionellen diese Losung ausgegeben: „Von derartigen Personen werden natürlich keine Beiträge mehr angenommen, sie haben ebenso natürlich keine Rechte als Parteimitglieder." Über einen wesensgleichen Antrag hat die Parteiorganisation in Breslau zu entscheiden. Die außerordentliche Landesversammlung für das Königreich Sachsen in Dresden dekretierte kurzerhand, daß die Beschlüsse des Parteiausschusses für die Partei bindend seien, solange kein statutengemäßer Parteitag zusammentreten könne. Sie erklärte des weiteren, die Anhänger einer geschlossenen, planmäßig handelnden Opposition „als freiwillig aus der Partei ausgeschieden". Diese Stellungnahme erfolgte mit 69 gegen 11 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen. Die Teilnehmerschaft der Landesversammlung war von vornherein sorgfältig gesiebt worden. Organisationen und Genossen, die sich zu der Reichskonferenz der Opposition bekannten, durften an ihr nicht teilnehmen. In der Folge hatten drei Kreise nicht delegiert, einer war nicht zugelassen und ein anderer nur durch einen Genossen ohne Mandat vertreten. Die Landesversammlung „verbesserte" den Landesvorstand dadurch, daß sie den grundsatztreuen Genossen Schulz durch den mehrheitstreuen Genossen Gradnauer ersetzte. Die Praxis, aus leitenden Stellungen Oppositionsanhänger zu entfernen, die die selbstverständliche Pflicht ihrer Überzeugung erfüllen, scheint überhaupt auf Dresdener Boden zu gedeihen. Die Vorstandssitzung der Kreisorganisation für Dresden-Land entschied mit 20 Stimmen, drei Vorstandsmitglieder auszuschließen, weil sie zur Opposition standen, und sie bestätigte den Hinauswurf des Genossen Fleißner aus dem Bezirksvorstand, indem sie einen Nachfolger für ihn wählte. Die Bezirkskonferenz der ersten neun zum Bezirk gehörenden sächsischen Wahlkreise schloß Genossen Fleißner und fünf andere Mitglieder von den Beratungen aus.

So handeln die Verfechter der nationalsozialen Parteipolitik dort, wo sie in der Mehrheit sind, wenn auch vielleicht hier und da nicht in einer imponierend starken Mehrheit. Wo sie sich in der Minderheit wissen, zersplittern sie die Partei, indem sie nach dem parteizerrüttenden Vorbild von Stuttgart, Bremen, Teltow-Beeskow Sondervereine gegen die Parteiorganisationen gründen, die an den Grundsätzen des internationalen Sozialismus festhalten. Ohne sich um die sonst als neunmalheilig beschworenen Satzungen des Parteistatuts zu kümmern und mit dem Segen des Parteivorstands, der der Hüter des Parteirechts sein soll. Mit Billigung des Parteivorstandes ist die Gründung statutenwidriger Vereine für Groß-Berlin in die Wege geleitet, in einigen Wahlkreisen schon Tatsache geworden. Das Bild des Kampfes gegen die Opposition wird vervollständigt durch die kaum verhüllte Maßregelung von Redakteuren. Genosse Henke muß aus seinem langjährigen und erfolgreichen Wirkungskreis an der „Bremer Bürgerzeitung" scheiden, angeblich wegen heftiger Auseinandersetzung mit der Geschäftsleitung. An der „Elberfelder Freien Presse" wird an die Stelle des Genossen Niebuhr, eines „Dogmenfanatikers", Genosse Haberland treten, dessen Grundsätze sich mit der Mehrheitspolitik vertragen. Der äußere Anlaß dazu: wie in Berlin beim „Vorwärts" das Verbot des Blattes und die vorgebliche Rücksicht auf sein weiteres Erscheinen.

Die Opposition ihrerseits steht auf dem Plan. Es hieße auf den sozialistischen Geist der Partei verzichten, wollte sie den Kampf für ihre Überzeugung aufgeben. Auch sie fährt fort, sich zu zählen und zu sammeln. Für die sozialistischen Ziele und den festeren Zusammenschluß der Opposition im Rahmen der Partei erklärten sich ebenfalls Konferenzen von Bezirks- und Wahlkreisvorständen, Wahlkreisversammlungen, Parteileitungen wichtiger Parteizentren, darunter eine Sektion der Münchner Organisation und die Generalversammlung der Parteiorganisationen von Groß-Berlin.

Vom Geist sachlicher Entschiedenheit getragen, nahm diese einen glänzenden Verlauf und erklärte sich einstimmig für die von der oppositionellen Reichskonferenz gezogenen Richtlinien wie für die weitere Reichskonferenz, zu deren Vorbereitung der Vorstand der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft in einem Aufruf aufgefordert hat. Wie die erste Konferenz der Opposition, so ist auch die geplante zweite Tagung ein unvermeidlicher Akt der Notwehr gegen die skrupellose Gewaltpraxis, mittels deren die Mehrheitsführer die Opposition zu ersticken trachten. In dem Aufruf heißt es: „Gegenüber der planmäßigen Schaffung von Sonderorganisationen durch den Parteivorstand genügt nicht mehr ein Protest! Es müssen sich nunmehr auch die oppositionellen Genossen überall zusammenschließen. . . . Solidaritätspflicht ist es jetzt für alle grundsatztreuen Genossen, sich organisatorisch zu vereinen zu gemeinsamer Arbeit für die Gesundung der sozialdemokratischen Bewegung, für die Durchführung des sozialdemokratischen Programms sowie der Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Sozialistenkongresse! . . . In Wahlkreisen, in denen nach der Anstachelung des Parteivorstandes die oppositionellen Parteigenossen durch Wahlkreisbeschluß ihrer Parteirechte beraubt werden, erwarten wir, daß sie sofort eine eigene Organisation gründen. . . ." Bis Mitte März sollen die organisatorischen Vorbereitungen für die Konferenz beendet sein, die die „erforderlichen Maßnahmen zum Zusammenschluß der Opposition" beschließen wird. Die unsozialistische Kriegspolitik der Mehrheitsfraktion zeitigt ihre unvermeidlichen Folgen.

Notizenteil.

Aus dem öffentlichen Leben.

Zwei weitere Verurteilungen wegen des Flugblatts: Zweieinhalb Jahre Zuchthaus. In Nr. 9 haben wir berichtet, daß das Reichsgericht Genossen Schwab, Stuttgart, zu 2 Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für 5 Jahre verurteilte. Nach der Auffassung der Richter sollte er sich des indirekten Landesverrats durch die Verbreitung des obengenannten Flugblatts schuldig gemacht haben, das gegen Genossen Liebknechts Verurteilung zu einem Proteststreik aufforderte.

Wie die „Leipziger Volkszeitung" in der Nr. 20 vom 25. Januar meldet, stand Genosse Richard Schröder, Lößnig, Metallarbeiter, wegen der nämlichen Handlung vor dem Schöffengericht. Das Urteil lautete nach der angegebenen Quelle wegen begangener Fahrlässigkeit auf zwei Wochen Haft. Da Genosse Schröder fünf Monate in Untersuchungshaft gesessen hat, wurde die Strafe als verbüßt erklärt. Die Verurteilung erfolgte, weil das Flugblatt einen erdichteten Drucker und Verleger angegeben hatte. Durch die Vertreibung habe Schröder gegen eine Verfügung des Generalkommandos verstoßen, die auf dem Belagerungsgesetz beruhe und zu Recht bestehe. Der Angeklagte habe zugegeben, es sei ihm bekannt gewesen, daß man sich bei der Verbreitung von Flugblättern vorzusehen habe. Er hätte sich deshalb um die gesetzlichen Vorschriften kümmern müssen. Das habe er jedoch nicht getan, und sei mithin wegen Fahrlässigkeit zu verurteilen.

Über den zweiten Fall berichtet das „Berliner Tageblatt" in Nr. 70 vom 8. Februar unter der Stichmarke: „Ein Nachspiel zum Liebknechtprozeß: Wegen Versendung und Verbreitung eines verbotenen Flugblattes hatte gestern der Buchdrucker Folge vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu erscheinen, vor der er wegen Vergehens gegen das Belagerungsgesetz angeklagt war. Folge hatte seiner Zeit an einen im Felde stehenden Obergefreiten zwei Berliner Tageszeitungen geschickt, zwischen deren Blättern sich jenes Flugblatt befand, das nach der Verurteilung des Rechtsanwalts Dr. Liebknecht erschienen war. Unter Anklage gestellt, behauptete er, das Flugblatt nicht absichtlich in die Zeitungen hineingelegt, mithin keine Verbreitung oder Versendung beabsichtigt zu haben. Das Blatt sei lediglich durch ein Versehen in die Zeitungen hineingekommen. Das Schöffengericht Berlin-Mitte sah aber als erwiesen an, daß der Angeklagte, der in Schutzhaft genommen worden war, und darin über 90 Tage zubringen mußte, das Flugblatt habe anderen zur Kenntnis bringen wollen. Es verurteilte ihn mit Rücksicht auf die Sachlage zu drei Monaten Gefängnis. Hiergegen hatten dann sowohl der Staatsanwalt wie der Angeklagte Berufung eingelegt. Das Landgericht kam aber zu dem gleichen Ergebnis wie der Vorderrichter. Es sah gleichfalls kein Versehen, sondern eine beabsichtigte Verbreitung als vorliegend an und hielt auch das hohe Strafmaß in anbetracht, daß der Inhalt des Flugblatts wegen seiner aufreizenden Tendenz und seiner Verbreitung eine große Gefahr in sich schlöße, vollkommen für gerechtfertigt. Demgemäß wurden beide Berufungen verworfen."

Für den Frieden.

Die Friedenssehnsucht französischer Frauen hat kürzlich in zwei Schriftstücken beredten Ausdruck gefunden. Die Französische Sektion der Internationalen Frauenliga für einen dauernden Frieden hat sich an Wilson mit der Bitte gewendet, seine Bemühungen zugunsten eines baldigen Friedens fortzusetzen. In dem Schreiben des Pariser Komitees heißt es: „Seit dem Tage, an dem Ihre Stimme sich für den Frieden erhob, ist die Hoffnung in alle Heime eingezogen; die Hoffnung auf den Frieden macht alle Herzen erbeben. Unsere gesamte Presse verschweigt, welche Hoffnungen Sie in der Seele Frankreichs wachgerufen haben, wir aber wollen Ihnen das nicht verschweigen. Die große Masse derjenigen, die stumm leiden, haben von nun an nur einen Wunsch: Sie möchten energisch und ausdauernd auf beide kämpfenden Mächtegruppen einwirken, bis der Friede in Europa wiederhergestellt sein wird. Alle wissen, daß Sie von nun an die Macht haben, allmählich die Regierungen aller Länder, von denen der Tod und das Märtyrertum der Soldaten abhängt, zur offenen Aussprache über ihre Kriegsziele und zur Mäßigung zu bewegen. Von Zutrauen und Anerkennung für die von Ihnen unternommenen Schritte erfüllt, danken wir Ihnen im Namen aller derer, die Ihrem Vorgehen vertrauen und flehen Sie an, mit Ihren Bemühungen fortzufahren, bis Ihr Ziel verwirklicht ist."

Das Schreiben ist von sechs Mitgliedern des Pariser Komitees namentlich unterzeichnet und dient als Begleitschreiben einer Zuschrift, die schon im Dezember an Wilson gerichtet wurde, ihn aber damals nicht erreichen konnte. Diese Zuschrift besagt unter anderem: „Die Mitglieder des Komitees erkennen die Schwierigkeiten, mit denen Präsident Wilson zu rechnen hat. Alle Kriegführenden sind in der Stellungnahme zu Friedensvorschlägen unaufrichtig. Sie behaupten insgesamt, daß sie „gut bewaffnet seien", „entschlossen zu kämpfen bis zum endgültigen, den Feind vollständig vernichtenden Sieg". Solche Behauptungen und jeder leidenschaftliche Protest gegen Friedensgedanken erwecken den Anschein, als ob es darauf abgesehen sei, von vornherein jede Vermittlungsmöglichkeit zurückzuweisen. Das alles würde zu einem unüberwindlichen Übel werden, wenn man nicht all das hätte voraussehen können. Sicher aber ist eins: die Soldaten und die Bevölkerung sind in ganz anderer Gemütsverfassung, als wie sie aus den angedeuteten Reden spricht. In den verflossenen 29 Monaten haben in allen kriegführenden Ländern Männer, Frauen, Greise und Kinder bewiesen, daß sie weder am Ende ihrer Kraft, noch ihres Mutes sind, und daß sie genug ertragen haben,

um sicher zu sein, daß sie imstande sind, alles zu ertragen. Durch die Tat haben sie bewiesen, daß weder neue Entbehrungen, noch der Verlust ihrer Lieben sie zum Nachgeben zu zwingen vermochte, daß keiner von ihnen je um Erbarmen oder Gnade flehen wird, und daß das Unglück, weit davon entfernt, sie schwach zu machen, sie abgehärtet und gestählt hat. Dieser Sachverhalt, der für alle Kriegführenden gilt, mahnt alle Beteiligten daran, daß sie vergeblich auf das „Niederzwingen" des Feindes rechnen werden. Soll der Krieg also ewig dauern?

Von der Auffassung ausgehend, daß man umsonst das Ende des Krieges von der materiellen Erschöpfung der Völker erwarten würde, betonen die Verfasserinnen der Zuschrift an Wilson, der Friedensschluß sei heute ebenso schwer oder ebenso leicht, wie zu einem anderen Zeitpunkt, etwa nach einem, zwei, drei oder zehn Jahren der Kriegswut. Deshalb müsse der Friede heute schon geschlossen werden. Diese Überzeugung, so heißt es in der Zuschrift weiter, wird in Privatgesprächen von allen geäußert, aber nun, wo Schritte zum Frieden unternommen werden, wird sie öffentlich verleugnet. Man möchte fast sagen, die Angst vor dem Kriege trete gerade in dem Augenblick auf, wo eine Friedensmöglichkeit entsteht. Die Zuschrift schließt wie folgt: „Mit dem Frieden ist es, wie mit einem jeden menschlichen Tun: verlorene Zeit ist es, stets nur auf die Schwierigkeiten zu blicken; man muß an die Tat selbst gehen. . . . Wir glauben, daß Sie allein, Herr Präsident, imstande sind, mit der nötigen Klarheit und Einsicht die Worte der Weisheit und menschlichen Vernunft auszusprechen, die endlich die streitenden Mächtegruppen dazu veranlassen werden, die Bedingungen einer annehmbaren Verständigung anzuerkennen. Die Unterzeichneten ersuchen Sie dringend, mit aller nötigen Energie auf Ihrem Vermittlungsvorschlag zu beharren, damit der gute Wille der ganzen Welt sich zustimmend hinter ihn stellt und der Friede endlich verwirklicht wird." Es folgen die sechs Unterschriften der Mitglieder des Pariser Komitees.

Seit diese friedenssehnsüchtigen Worte geschrieben worden sind, hat das Deutsche Reich den verschärften Unterseebootkrieg begonnen, haben die Vereinigten Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. Die Regierungen aller kriegführenden Länder scheinen entfernter als je von allen Friedensneigungen zu stehen. Bei den Völkern aber wird, muß die Friedenssehnsucht immer stärker anwachsen. Wird sie zum Friedenswillen, zur Friedenstat werden?

Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Die Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen im Dezember 1916. Nach den Berichten der deutschen Arbeitsnachweise ist für Dezember eine jähe Abnahme der weiblichen Arbeitsuchenden zu verzeichnen. Ihre Zahl auf 100 offene Stellen war von 135 im Oktober auf 136 im November gestiegen und sank im Dezember auf **123**, ein so niedriger Satz, wie er während des Kriegs noch nicht festgestellt worden ist. Die Gründe für den Rückgang sind naheliegend. Im Dezember sind in den verschiedensten Gewerbezweigen in größerem Umfang systematisch weibliche Arbeitskräfte eingestellt worden, so daß sich die Zahl der Arbeitslosen verringerte. Die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden ist im Berichtsmonat gleichfalls weiter gesunken, nämlich von 60 auf 58 auf 100 offene Stellen. Fast alle wichtigsten Gewerbegruppen sind an der Abnahme der weiblichen Arbeitslosen beteiligt, nur zwei machen eine Ausnahme. Im Nahrungsmittelgewerbe stieg die Andrangziffer weiblicher Arbeitsuchender von 120 auf 121, bei der Fabrikarbeit ohne nähere Bezeichnung von 140 auf 144; die Steigungen sind also gering. Am größten war die Abnahme der Erwerbslosen im Handelsgewerbe, wo die Andrangziffer von 239 im November auf 189 im Dezember fiel, fast ebenso groß war sie im Gewerbe der Bekleidung und Reinigung, wo 214 Arbeitsuchenden im November nur noch 177 im Dezember gegenüberstehen. In der Gruppe Lohnarbeit und häusliche Dienste sank die Zahl der Arbeitsuchenden auf 100 offene Stellen weiter von 95 auf 82. Sie weist damit den niedrigsten Stand weiblicher Arbeitsuchender auf, von der Landwirtschaft abgesehen, die nur 58 Nachfragende auf 100 offene Stellen für weibliche Arbeitskräfte meldete. Selbst die Textilindustrie zeigt eine erhebliche Abnahme der weiblichen Arbeitsuchenden, nämlich von 565 im November auf 477 im Dezember. Der Wandel ist jedoch zweifellos nicht auf einen verbesserten Beschäftigungsgrad in dieser Gewerbegruppe zurückzuführen, sondern auf eine größere Abwanderung der Arbeiterinnen in andere Erwerbszweige. Über dem Durchschnitt von 123 weiblichen Arbeitslosen auf 100 offene Stellen standen folgende Gewerbegruppen: Textilindustrie 477, Handelsgewerbe 189, Bekleidung und Reinigung 177, Fabrikarbeit ohne nähere Bezeichnung 144, Lederindustrie 133. Erwähnt sei hierbei, daß in der Textilindustrie die Andrangziffer der männlichen Arbeitsuchenden erheblich größer ist als die der weiblichen. Es kamen im Dezember 751 arbeitslose Männer auf 100 offene Stellen. In keinem Berufe sonst ist die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden so groß wie die der weiblichen. Ein ähnliches Bild ergibt die Arbeitslosigkeit der Frauen in den einzelnen Landesteilen. Von 24 Landesteilen weisen 21 eine Abnahme der weiblichen Arbeitsuchenden auf, während nur 3 eine kleine Steigerung zu verzeichnen haben, nämlich Posen von 90 auf 95; Hessen-Nassau von 89 auf 97; Thüringen von 175 auf 187. Abgesehen von Elsaß-Lothringen mit 388 steht das Königreich Sachsen mit 222 weiblichen Arbeitsuchenden auf 100 offene Stellen an der Spitze.

Auch die Berufsverbände berichten über einen Rückgang der Arbeitslosigkeit ihrer weiblichen Mitglieder. Es berichten 39 Fachverbände über 165113 weibliche Mitglieder, von denen am Dezemberstichtag **8281** arbeitslos waren = 5 Prozent, gegen 9291 = 6,3 Prozent im November. Im Juli und August hatten die Verbände noch 9,5 und im September 1916 8,1 Prozent weibliche Arbeitslose gezählt. Den größten Prozentsatz weiblicher arbeitsloser Mitglieder stellen der Lederarbeiterverband mit 21,1 Prozent; der Porzellanarbeiterverband mit 8,9 und der Textilarbeiterverband mit 14,8 Prozent. Vom Hut- und Filzwarenarbeiterverband waren im Dezember nur noch 11,4 Prozent der weiblichen Mitglieder arbeitslos. Alle übrigen Verbände blieben unter dem Durchschnitt von 5 Prozent arbeitsloser weiblicher Mitglieder. Die geringste Arbeitslosigkeit der weiblichen Mitglieder zeigt der Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter mit 0,3 Prozent, nämlich mit 15 weiblichen Arbeitslosen bei 4572 weiblichen Mitgliedern. Auffallend ist angesichts des Rückgangs weiblicher Arbeitsloser die Tatsache, daß bei den Krankenkassen nicht nur die Zahl der männlichen, sondern auch die Zahl der weiblichen Pflichtmitglieder abgenommen hat. Am 1. Dezember hatten die 6528 berichtenden Kassen 4339291 weibliche Mitglieder, aber am 1. Januar nur noch **4315519**, das ist ein Weniger von 23772 oder 0,55 Prozent. In jedem Jahr ist von Dezember auf Januar die gleiche Erscheinung zu beobachten, sie steht aber in einem solchen Gegensatz zu den Ergebnissen der Arbeitsnachweise und der Fachverbände, daß sie vermerkt werden muß. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist nach den berichteten Angaben derart, daß das Verhältnis von Angebot und Nachfrage weiblicher Arbeitskräfte günstig auf die Lohnverhältnisse einwirken müßte. Wenn, wie es wahrscheinlich ist, die aufsteigende Entwicklung anhält, haben die Arbeiterinnen alle Ursache, die Gelegenheit zu nützen, um ihre häufig noch recht elenden Löhne in Einklang zu bringen mit den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung. Sie dürfen dabei nicht vergessen, daß sie in ihren Bestrebungen mehr als je auf die eigene Kraft angewiesen sind, weil ein erheblicher Teil der männlichen Berufsgenossen zurzeit nicht mit ihnen streben und ringen kann, weil er unter der Fahne steht. Erkenntnis und Zusammenschluß tut den Arbeiterinnen bitter not. Jede einzelne muß sich sagen, daß es gerade auch auf sie ankommt, um die Arbeitsverhältnisse zu verbessern. R.

Frauenbewegung.

Ein deutscher Verband von Sozialbeamtinnen ist vor kurzem begründet worden. Die Anregung dazu ist von den Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit in Berlin ausgegangen. Der Verband bezweckt den Zusammenschluß der sozialen Berufsarbeiterinnen in Deutschland und hat seinen Sitz in Berlin.

Zusammenschluß der nordischen Frauenrechtsvereine. Im November letzten Jahres hat in Stockholm ein Kongreß skandinavischer Frauen stattgefunden, der den lange verfolgten Plan verwirklichte, feste Formen für ein engeres Zusammenarbeiten der frauenrechtlerischen Organisationen des Nordens zu schaffen. An der Konferenz nahmen führende Frauenrechtlerinnen aus den drei skandinavischen Ländern teil, aber auch die finnischen und isländischen Frauenvereine hatten Vertreterinnen entsendet. Es kam eine Vereinigung zustande, die den Namen führt „Gesamtorganisation nordischer Frauenvereine". Die gemeinsame Arbeit soll den verschiedenen Seiten der Frauenfrage gelten. Den Frauenvereinen jedes Landes werden bestimmte Aufgaben zugewiesen, die mit der gemeinsamen Arbeit zusammenhängen.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.